Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pf., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schweis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 219 — Montag, den 19. September 1921 — 49. Jahrgang

Der Kampf um die Sanktionen.

Sowohl das Reutersche Büro wie der Daily Telegraph bestätigt, daß das Londoner Auswärtige Amt Vorstellungen in Paris wegen der Fortdauer der Sanktionen erhoben hat und den Standpunkt einnimmt, daß die Rechte des neuen Ausschusses nicht die Aufhebung der Strafmaßnahmen vereiteln dürften. — Mit dem neuen Ausschuß scheint der nach der letzten Tagung des Obersten Rats in Paris eingesetzte Ausschuß gemeint zu sein, der sich mit der Durchführung der Aufhebung der „Sanktionen" befassen sollte. Dieser Ausschuß soll nach Meinung der englischen Regierung nicht das Recht haben, einfach die Nichtaufhebung der „Sanktionen" zu beschließen. Das scheint der Sinn der Londoner Meldung zu sein.

Das Reutersche Büro veröffentlicht folgende Meldung: Die Unterhaltungen zwischen London, Paris und Koblenz über die Aufhebung oder Beibehaltung der Deutschland auferlegten wirtschaftlichen „Sanktionen" dauern an. Der Oberste Rat war im August übereingekommen, die Zollschranke auf dem rechten Rheinufer aufzuheben, vorausgesetzt, daß Deutschland eine Milliarde Goldmark bis zum 31. August zahlte. Er hatte ferner die Einsetzung eines Verbandsausschusses beschlossen, der die Bewilligung von Einfuhr- und Ausfuhrgenehmigungen überwachen sollte. Die französische Regierung fordert, daß dieser Ausschuß viel weitere Machtbefugnisse erhalte: er solle eine souveräne Körperschaft sein mit voller Befugnis, Deutschland bei der Erteilung aller Genehmigungen Vorschriften zu machen. Man versteht hier nicht, wenn der Verbandsausschuß so umfassende Machtbefugnisse erhielte, welche Vorteile dann Deutschland durch die Aufhebung der Maßnahmen gewinnen würde. Obwohl verlautet, daß Deutschland der Einsetzung des vorgeschlagenen Ausschusses grundsätzlich zugestimmt hat, behauptet die französische Regierung, daß Deutschland nicht gewillt sei, die Sache auszuführen, und sie erklärt, daß die wirtschaftlichen „Sanktionen" deshalb beibehalten werden müßten. Wenn gewisse Punkte durch die jetzt im Gange befindlichen Unterhaltungen aufgeklärt sind, dann wird zuversichtlich erwartet, daß die ganze Frage in befriedigender Weise gelöst werden wird.

Die Times meldet aus Brüssel, daß der belgische Minister des Aeußern, Jaspar, der britischen und der französischen Regierung einen Vorschlag für die rasche Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen" unterbreitet habe.

Die preußische Regierung zur Weißmann-Affäre.

In der preußischen Kabinettssitzung vom Sonnabend, deren Besprechungen streng vertraulich waren, ist der Beschluß gefaßt worden, in einer Erklärung des ganzen Staatsministeriums zu dem Fall Weißmann der Oeffentlichkeit gegenüber Stellung zu nehmen. Diese Erklärung lautet folgendermaßen:

„In der von dem Reichskanzler am 15. September im Ausschuß des Reichstages verlesenen Niederschrift, die der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Reichskanzler auf dessen Wunsch übergab, ist von Ermittelungen die Rede, die in Bayern von dem Staatskommissar veranlaßt wurden. Die Ermittelungen fanden im Mai 1920 statt und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung. Zur Erklärung hierfür dient, daß der preußische Staatskommissar für öffentliche Ordnung seit Bestehen dieser Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wird und von diesem Aufträge empfängt. Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung war zudem erst im Entstehen begriffen. Das preußische Staatsministerium erhielt von den durch seinen Staatskommissar angestellten Ermittelungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Reichskanzler im Reichstagsausschuß Kenntnis. Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines seiner Organe in einem anderen Lande stattfinden, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet war. Es bedeutet weiter, daß darüber der Oeffentlichkeit Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittelungen zu äußern. Gegen die Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

Weissmann entrüstet sich.

Von rechtsstehender Seite wird der Presse mitgeteilt: Den vom Reichskanzler im Ueberwachungsausschuß verlesenen Brief des Staatssekretärs Weißmann, hat dieser unter dem Siegel der Verschwiegenheit geschrieben. Der Staatssekretär hat seine Entrüstung darüber, daß der Reichskanzler den Brief der Oeffentlichkeit übergeben hat, öffentlich ausgedrückt. Den rechtsstehenden Parlamentariern will es aufgefallen sein, daß, bevor der Reichskanzler den Brief Weißmanns verlas, der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken seine bekannte Anfrage an die Regierung richtete: Man hegt die Vermutung, daß es sich hier um eine Verabredung zwischen Dr. Wirth und Hermann Müller gehandelt habe. Der Brief Weißmanns wird den Gegenstand wichtiger politischer Debatten bilden und er dürfte auch zu einer Aussprache im Reichstag führen. Die Rechte will dagegen Protest erheben, daß die Reichsregierung sich durch Organe der preußischen Verwaltungsbehörden Informationen über die Lage in Bayern geben lasse. — Was die heutigen Erklärungen des bayrischen Staatssekretär Schweyer anlangt, so ist darauf zu erwidern, daß ein Politiker und Staatsmann wie D. Wirth seine guten Gründe gehabt haben muß, wenn er den Brief Weißmanns zur Verfügung brachte.

Korvettenkapitän Ehrhardt

sandte den Münchener Neuesten Nachrichten aus Salzburg eine Erklärung zu dem Bericht des Staatssekretärs Weißmann, worin er feststellt, daß er nach dem Kapp-Putsch versuchte, einen Teil seiner Leute auch in Süddeutschland anzusiedeln. Bei dieser Gelegenheit sei er auch einigemale auf dem Münchener Polizeipräsidium und bei dem Polizeipräsidenten Poehner gewesen. Als er nach Auflösung der Brigade erfahren habe, daß auch gegen ihn ein Haftbefehl erlassen worden sei und Bayern entsprechende Anweisungen erhalten würde, habe er sich schleunigst entfernt und nichts von sich hören lassen. Er sei gelegentlich in Deutschland gewesen, doch sei er dabei vorsichtig und nicht so töricht gewesen, die bayrischen Grenzpfähle zu überschreiten. Mit dem Minister Roth sei er weder mündlich, noch schriftlich, noch durch eine Mittelsperson in Verbindung gewesen. Von einer Konferenz in Rosenheim wisse er nichts.

Um die Rückkehr v. Kahrs.

(TU) Geheimrat Held, der Vorsitzende der bayrischen Volkspartei, weilte in Berchtesgaden bei dem in Demission befindlichen Ministerpräsidenten v. Kahr, um mit ihm im Namen der bayrischen Volkspartei über die Wiederübernahme der Regierung zu verhandeln. Inzwischen sind aber die Bedingungen bekannt geworden, die von der bayrischen Volkspartei durch Held in Verbindung mit dem Angebot an Kahr gestellt wurden. Die eine Bedingung ist, daß Herr v. Kahr sein Kabinett gegen rechts hin etwas abgrenzen müsse, d. h. eine Rückkehr des Justizministers Roth dürfte nicht in Frage kommen. Eine andere Bedingung ist, seine Zustimmung zu dem Kompromißbeschluß des Landtagsausschusses bezüglich der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Ebertschen Ausnahmeverordnung. In diesen Punkten wäre vielleicht noch eine Verständigung zwischen Herrn v. Kahr und der bayrischen Volkspartei möglich gewesen, aber wie in München verlautet, kann v. Kahr in der Personenfrage nicht nachgeben und will sich nicht von Roth trennen, da er sich rechtsnationalistischen Kreisen gegenüber in diesem Sinne festgelegt hat.

Massenversammlungen der bayrischen Volkspartei.

Die bayrische Volkspartei hielt in München Versammlungen ab, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Einer der Referenten, Staatsminister Oswald, schilderte die dem Föderalismus feindselige Entwicklung bei der Schaffung der weimarschen Verfassung und betonte u. a., daß man von Berlin aus die Länder als Vasallen behandle, die nur geduldet sind. Die Verordnung des Reichspräsidenten wäre dazu bestimmt gewesen, den starken Mann gegen Bayern zu spielen. Man habe eine systematische Unterwühlung des letzten Restes der bayrischen Selbständigkeit beabsichtigt. Dabei sei der Kampf zwischen München und Berlin noch nicht der letzte. Erst vor einigen Tagen habe er aus guter Quelle erfahren, daß man sich in Berlin nach dem bayrischen Budgetrecht sehne. Auf die Frage: „Was sollen die nächsten Tage bringen?" antwortete er: 1. Unter keinen Umständen eine Koalition mit den Sozialdemokraten. 2. Möglichste Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition. 3. Rückkehr v. Kahrs. Sollte der letztere bedauerlicherweise auf seinem Entschluß beharren, so müßte wenigstens an seiner Politik und dem Föderativprogramm festgehalten werden. Die bayrische Volkspartei verlange auch die Schaffung eines Staatspräsidenten für Bayern und habe bereits einen entsprechenden Antrag vorbereitet. Bayern brauche einen Mann mit einer starken Hand, der den politischen Manövern entrückt wäre.

Ueber den Streitfall zwischen Reich und Bayern

erklärte der Ministerpräsident Stegerwald einem Vertreter des Wolffbüros auf Befragen folgendes: „Wie schon durch den amtlichen Pressedienst der preußischen Regierung mitgeteilt worden ist, habe ich letzten Dienstag mit dem Reichskanzler eine Besprechung über die durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August in Bayern und im Reich geschaffenen Lage gehabt. Ich habe bei dieser Gelegenheit mich dahin ausgesprochen, daß ich es für dringend erwünscht halten würde, wenn die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Bayern möglichst beigelegt werden könnten und daß mir hierzu die neuen bayrischen Abänderungsvorschläge zu der Verordnung, vielleicht mit einigen Modalitäten, als annehmbare Grundlage erschienen. Ueber die Frage des Ausnahmezustandes in Bayern habe ich mich nicht ausgesprochen, da es sich dabei meiner Ansicht nach um eine Einzelfrage handelt, die ausschließlich zwischen dem Reich und Bayern abzumachen ist. Belange anderer deutscher Länder werden dabei nicht unmittelbar berührt. Ich bin weiter der Ansicht, daß die jetzige Zeit bei der außerordentlich ernsten Erregung im Innern aus dem Anlaß der Ermordung Erzbergers nicht geeignet ist, die Fragen der staatlichen Zuständigkeiten zwischen dem Reich und den Ländern auf die Spitze zu treiben und bis zur endgültigen Klärung zu bringen. Ich würde es auch aus diesem Gesichtspunkte mit besonderer Befriedigung begrüßen, wenn durch ein allseitiges Entgegenkommen die derzeitige Spannung möglichst aus der Welt geschaffen werden könnte. Dazu ist meiner Ansicht nach allerdings nötig, daß die Dinge nicht durch parteipolitische Brillen, sondern ruhig und sachlich betrachtet und behandelt werden.

Loebe über die Lage.

Reichstagspräsident Loebe sprach auf dem Wege zum Görlitzer Parteitag in einer Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei in Breslau. Nach dem Bericht der dortigen „Volkswacht" führte er aus, daß die Bestrebungen einiger Teile der Deutschen Volkspartei, Anschluß nach links zu suchen, sehr beachtet werden müßten. Es scheine auch eine gewisse Bereitwilligkeit, in der Frage der Erfassung der Sachwerte nachzugeben, vorhanden zu sein. Wenn die Demokraten und das Zentrum an uns die Frage richten, ob wir mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung bilden wollen, oder aus der Reichsregierung ausscheiden müssen, so muß bedacht werden, daß damit sich im Reiche das wiederholen würde, was man in Bayern unter der Regierung Kahr und im Reich zur Zeit des Kabinetts Fehrenbach angestiftet hatte. So einfach, wie vor einem Jahre in Kassel, liegen also die parteitaktischen Entscheidungen in Görlitz nicht. Als Voraussetzung eines solchen Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei bezeichnete Loebe die Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei, bündige Erklärungen über den Schutz der Republik abzugeben und in der Frage der Sachwerte nachzugeben.

Die Stellungnahme der rhein.-westf. Handelskammern zu den neuen Steuern.

Die Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets hielt Freitag in Essen eine Versammlung ab, an der auch die Handelskammern Hagen, Altena, Iserlohn, Lüdenscheid und Arnsberg teilnahmen. Der Vorsitzende Geheimrat Dr. Wiedfeldt, machte Mitteilungen über die neue Hilfsaktion der Industrie, die der Reichsregierung die Möglichkeit zur Zahlung des nächsten Feindtributs geben soll. Er hob hervor, daß die Industrie damit das Beste hergebe, über das sie im Ausland verfüge, nämlich ihren Kredit. Zur Frage der neuen Steuern wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Vereinigung der rheinisch-westfälischen Handelskammern verkennt nicht die üble Finanzlage des Reiches, die in der Hauptsache durch die Kriegstribute und durch das Ultimatum geschaffen ist. Sie hält es für die Pflicht der Wirtschaftskreise, dem Reich bei der Abbürdung der Lasten ihre Unterstützung zu leihen und verschließt sich nicht der Notwendigkeit hoher Steuern. Die Vereinigung erachtet sich aber für berufen und verpflichtet, vor Plänen zu warnen, wie sie die sogenannte Erfassung der Goldwerte, bezw. die Zwangsbeteiligung des Reiches an der Industrie darstellen. Die Vereinigung kann sich bei der Beurteilung dieser Fragen des Eindrucks nicht erwehren, als ob hier in der Hauptsache politische Faktoren leitend gewesen sind. Eine Beteiligung des Reiches an der Wirtschaft muß in heutiger Zeit schwerste Bedenken auslösen und als ein ungeeignetes Mittel angesehen werden, die Reichseinnahmen zu ergänzen. Die Herrschaft fremden Kapitals in der deutschen Wirtschaft bedroht gleichmäßig alle Bevölkerungsklassen Deutschlands in ihren Lebensinteressen. Das Währungsproblem wird einseitig und falsch angefaßt, wenn man glaubt, durch Ueberführung produktiver Sachwerte in die Reichskasse die fortschreitende Geldentwertung hemmen und eine innere Gesundung schaffen zu können. Je mehr Werte der produktiven Wirtschaft entnommen werden, desto mehr wird die Grundlage der Währung erschüttert. Zudem ist auch technisch eine stärkere finanzielle Wirkung nicht zu erwarten; denn die Schwierigkeiten der Veranlagungstechnik würden dem Reiche nicht höhere Einnahmen verschaffen, als dies auf dem Wege der laufenden Besteuerung geschehen kann. Gleichen Bedenken begegnen die neuen Besitzsteuergesetze, soweit sie als Verwertungsmaßstab den allgemeinen Wert einführen wollen. Wenn in dem gemeinen Wert, der, so wohl in Papiermark zum Ausdruck kommende, Verkaufswert zu erblicken ist — und nach den Auslassungen des Gesetzentwurfs über eine Vermögenssteuer ist das geplant —, so sieht sich die Vereinigung verpflichtet, dagegen im Interesse der Erhaltung unserer Wirtschaft und damit unseres staatlichen und kulturellen Lebens Protest zu erheben. Der allgemeine Wert kann in der Wirtschaft lediglich als Liquidationswert in die Erscheinung treten. Steuern können nach gesunden Grundsätzen nur nach dem Ertragswert berechnet werden. Zieht man in Betracht, daß für die nächsten 15 Jahre zu der an sich schon erheblichen Steuer ein erdrückender Zuschlag erhoben werden soll, zieht man die weiter bestehenden geplanten Belastungen in Betracht, so wird der Fall, mit dem der Entwurf rechnet, allgemein eintreten, daß die Abtretung der Steuereinnahmen durch Abgabe von Teilen der Substanz erfolgt. Unsere Wirtschaft, die als Folge des Krieges, der Nachkriegszeit und der sogenannten Friedenszeit einen bedeutenden Wertverschleiß aufzuweisen hat, verträgt auf keinen Fall eine weitere Verengerung der Produktionsbasis; deren Wirkung müssen Arbeitslosigkeit und Verelendung des Volkes sein. Alle Pläne, die dahin führen, sind deshalb im Gesamtinteresse zu bekämpfen. Die Vereinigung fordert die Beseitigung einer Wertvermittlung nach dem gemeinen Wert. Ferner protestiert die Vereinigung gegen die Absicht, daß die Steuergesetzgebung aus der eigentlichen Gesetzgebung herausgenommen und der Verwaltung übertragen wird. Sie spricht die Erwartung aus, daß die gesetzgebenden Faktoren eine solche beispiellose Regelung nicht gutheißen werden. Im übrigen muß vor einer endgültigen Stellungnahme zu den vorliegenden Steuergesetzentwürfen ein ordnungsmäßiger Finanzplan für die Reparationsverpflichtungen und den industriellen Bedarf des Reiches, sowie eine Schätzung der von den vorgeschlagenen Steuern erwarteten Beträge vorgelegt werden, sowie eine Darstellung, worin die gesamte Belastung der einzelnen Steuerpflichtigen und der Wirtschaft durch die direkten Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden errechnet ist."

Parteitag der Deutschen Volkspartei Süd Westfalens.

(TU) Der nach Lüdenscheid einberufene Parteitag der Deutschen Volkspartei begann Samstag vormittag mit einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses, die der stellvertretende Vorsitzende, Justizrat Schulz-Hagen, leitete. Zum leitenden Generalsekretär des Wahlkreises anstelle des verstorbenen Generalsekretärs Zabel wurde Generalsekretär Köster gewählt. Darauf fand eine Sitzung des Hauptvorstandes statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprachen die Reichstagsabgeordneten Dr. Cremer über die politische Lage und Dr. Hugo über die Steuerpolitik. Beide Redner fanden mit ihren Ausführungen, welche die Politik der Deutschen Volkspartei eingehend beleuchteten, lebhafte Zustimmung. — Die große Vertreterversammlung fand gestern vormittag im großen Saale der Lüdenscheider Schützenhalle statt. Diese wurde eröffnet mit einer großzügigen Rede des Parteiführers, Reichstagsabg. Dr. Stresemann. Er verurteilte zunächst die Ermordung Erzbergers vom ethischen und politischen Gesichtspunkt aus. Bei politischen Morden dürfen auch die sogenannten ehreren Motive nicht mildernd wirken. Wer so etwas tut, muß wissen, daß er sein Leben verwirkt hat. Stresemann wandte sich scharf gegen die parteipolitisch-demagogische Ausnutzung der Ermordung Erzbergers, vor allem durch den ersten Beamten des Reiches. Dieser habe als Leiter der Reichsgeschäfte alles getan, um die Leidenschaften aufzupeitschen, wo es unter den anständigen Menschen in Deutschland keinen Parteiunterschied gebe. Stresemann sprach von einer Umschmeichelung der Masse zur Durchführung der demagogischen Parteipolitik. In Zeiten wie den heutigen müsse der Reichskanzler hinauswachsen über Parteiagitation. Den Ausnahmezustand bezeichnete Stresemann als ein Mittel, dem man in außerordentlichen Zeiten nicht entraten könne. Eine Politik der Gewalt verdammte der Redner, weil sie jede Aussicht auf eine vernünftige Entwicklung der Verhältnisse vernichtet. Gegenüber den Ansprüchen der Feinde müsse das nationale Element hell klingen, das parteipolitische aber schweigen. Gegenüber einer geschlossenen Rechten vertritt Stresemann die breite Mitte, die heute allein zu einem Erfolge in der Politik führen könne. Es handelt sich jetzt nicht darum, große Weltanschauungsfragen auszukämpfen, jetzt kommt es vor allem darauf an, dafür zu sorgen, daß uns das Reich erhalten bleibt. Diese Aufgabe der Stunde dürfen wir nicht durch innerpolitische Kämpfe verwirren. Die Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Bayern hält Redner für bedauerlich. Stresemann schloß mit einem Glaubensbekenntnis an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Ueber die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums sprach Abgeordneter Engberding. Er hält die Erfüllung des Ultimatums für unmöglich. Abg. Geheimrat Dr. Quaatz beleuchtete die Lage der Industrie, wobei er den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft betonte. — Nachmittags 6 Uhr fand eine große allgemeine Versammlung statt, in der Stresemann nochmals über die politische Lage sprach.

Westfalen und Rheinland.

Was aus dem versteckten Geld wird.

Kamen, 17. Sept. Im Anschluß an die oft erfolgte Mahnung, die für die deutsche Volkswirtschaft so überaus nachteilige Geldhamsterei zu unterlassen und die versteckten Papiergelder und sonstigen Zahlungsmittel wieder in den öffentlichen Verkehr zu leiten, der derselben dringend bedarf, bringen wir nunmehr zur allgemeinen Kenntnis eine Auslese aus den empfindlichen Verlustfällen, von denen Geldhamsterer infolge ihrer leichtfertigen Handlungsweise betroffen worden sind. Durch Brand und Vergrabung wurden allein im letzten Halbjahre zum Schaden der Geldhamsterer Banknoten vernichtet:

Im Bezirk Aschheim 18 000 Mk.; Berlin 35 760 Mk.; Bonn 17 000 Mk.; Bornheim 16 050 Mk.; Bremen 40 290 Mk., Berneck i. Oftfr. 76 000 Mk.; Beßling 15 120 Mk.; Breschen 14 000 Mk.; M.-Gladbach 12 980 Mk.; Johannesburg 16 700 Mk.; Jülich 17 600 Mk.; Karlshorst 32 200 Mk.; Sterkrade 79 300 Mk.; Königsberg 17 330 Mk.; Leipzig 26 120 Mk.; Ludwigshafen 18 720 Mk.; Mannheim 12 300 Mk.; Oppeln 14 740 Mk.; Pandow 20 000 Mk.; Radebeul 50 950 Mk.; Prästringen 69 040 Mk.; Werdau 20 000 Mk.; Traunstein 15 560 Mark.

Die Ursachen der eingetretenen Schäden waren naturgemäß von verschiedenster Art. Bald handelte es sich um eine durch entstandenen Hausbrand vernichtete Geldkassette, bald um die Verwahrung von Papiergeld unter alten Heitungen, die dann von Nichtwissenden verfeuert wurden, bald im Verstecken von Geldzeichen in Scheunen, wo sie von Tieren aufgestöbert und gefressen wurden, oder um Verwahrung von Papiergeld in Blechgefäßen, die man vergrub und deren Inhalt dann durch Fäulnis vollkommen vernichtet wurde.

Es würde zu weit führen, die Entstehungsart jedes einzelnen Verlustes hier mitzuteilen; nur das sei betont, daß die meisten Schäden durch Hausbrand erfolgten. Hinzu treten aber auch noch die großen Verluste, welche die Hamsterer durch Einbruchsdiebstähle erlitten. Es kann demnach nicht dringend genug ermahnt werden, seinen Geldbesitz nicht weiter den sicher unzähligen Gefahren auszusetzen, sondern einem Geldinstitut anzuvertrauen, wo man weiß, daß die mühsam ersparten Groschen auch wirklich sicher sind.

Abgesehen von der Vorsicht hat man dann auch seiner Pflicht für das Gemeinwohl genügt und mit dazu beigetragen, die vaterländische Not nach Kräften zu mildern und den Geldverkehr zu erleichtern.

*

Kamen, 19. Sept. (Verschiedenes.) Am 2. und 3. Oktober treffen sich die westfälischen Beamten und Lehrer in Bielefeld zum 2. Westf. Beamtentag. Die Tagung verspricht einen glänzenden Verlauf zu nehmen. Zahlreiche Vorträge sind vorgesehen. Außerdem sollen Besichtigungen der Siedlungen vorgenommen werden. An der Tagung werden die Spitzen der Behörden und voraussichtlich zahlreiche westfälische Parlamentarier teilnehmen.

(33. Verbandstag der Deutschen Post- und Telegraphenbeamten.) Der Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hält vom 19. bis 22. September im Lehrervereinshaus zu Berlin seinen 33. Verbandstag ab, zu dem Vertreter aus allen Teilen des Reichs, auch aus den besetzten Gebieten, angemeldet sind. Neben inneren organisatorischen Angelegenheiten wird sich die auf vier Tage berechnete Tagung in der Hauptsache mit den großen, die gesamte Beamtenschaft bewegenden Fragen, Teuerung, Besoldung, Beamtenvertretungen, Organisation der Beamtenschaft usw., sowie mit den engeren Standesfragen zu beschäftigen haben. Hierunter nimmt die Frage der Neuordnung des Personalwesens bei der Reichspost die erste Stelle ein. Bekanntlich haben sich unter der Wirkung der Besoldungsreform gerade auf diesem Gebiete Verhältnisse entwickelt, die die große Masse der mittleren Postbeamten in einem Zustande dauernder Erregung hält, die umso größer ist, als das diesen Beamten in der Vergangenheit angetane, von den maßgebenden Stellen wiederholt als solches anerkannte Unrecht mit der Besoldungsneuordnung nicht nur nicht wiedergutgemacht, sondern wesentlich verschärft und die soziale Stellung der mittleren Postbeamtenschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit immer weiter nach unten gedrückt worden ist. Seine Hauptaufgabe wird der Verbandstag darin zu erblicken haben, seine alten Forderungen auf diesem Gebiete erneut den maßgebenden Stellen und der Oeffentlichkeit zu unterbreiten und den Weg aufzuzeigen, der die dringend notwendige, auch im öffentlichen Interesse liegende Befriedigung dieses Teiles der Reichsbeamtenschaft ermöglicht.

Von der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene sind die neuen Richtlinien für die Gewährung der Löhnung für die Dauer der Kriegsgefangenschaft herausgegeben worden. Sämtliche ehemaligen Kriegsgefangenen aus dem Stadtbezirk Hörde werden gebeten, ihre Ansprüche bis spätestens zum 25. September 1921 in der Geschäftsstelle der hiesigen Kriegsgefangenen-Heimkehr, alte Schildschule, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags geltend zu machen. Es kommen nur solche Kriegsgefangenen in Frage, die noch keine Löhnung erhalten haben. Ebenso können die Ansprüche auf Entschädigung der während der Gefangenschaft abgenommenen Gegenstände und Barsummen geltend gemacht werden.

(Schiedsspruch für das rheinisch-westfälische Baugewerbe.) Auf Grund einer Aussprache, die am Mittwoch, den 14. ds. Mts., in Dortmund über die Lohnbewegung im Baugewerbe des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets stattfand, kamen am 15. die beteiligten Verbände in Essen zusammen und einigten sich nach ausgedehnten Verhandlungen auf die Bildung eines Schlichtungsausschusses, dessen Schiedsspruch die Stundenlöhne der Baufacharbeiter um 1,40 Mk. auf 9,20 Mk., der Bauhilfsarbeiter um 1,10 Mk. auf 8,60 Mk., der Tiefbauarbeiter um 0,80 Mark auf 8 Mk. erhöhte. Die Stundenlöhne der übrigen Arbeitergruppen wurden in entsprechender Weise aufgebessert. Von der Stellungnahme der Parteien zu diesem Schiedsspruch wird es abhängen, ob die zur Zeit schon bestehenden Sperren aufgehoben oder ausgedehnt werden.

Einen Unterhaltungsabend veranstaltete Freitag abend der Ortsausschuß für Jugendpflege Kamen im Schützenhof-Saale im Anschluß an den vom Kreisamt Hamm in unserer Stadt veranstalteten Lehrgang für Volkstänze. Der Besuch dieses Abends war ein guter. Nach Musikstücken des Posaunenchors des evgl. Männer- und Jünglingsvereins, deren Wiedergabe bei dem Chore gute Fortschritte zeigte, und einem Prolog, dankte Herr Bürgermeister Dr. Wiesner allen, die zum Gelingen dieses Abends direkt oder indirekt beiträgen. Er wies auf die Wichtigkeit der Jugendpflege hin, für die noch sehr viel zu tun sei und getan werden müsse, wenn das deutsche Vaterland auch augenblicklich darniederläge. Redner wies auf die Anlage des Sportplatzes hin, mit der man in den nächsten Tagen einen guten Schritt weiter komme und auf die beabsichtigte Anlage eines Schwimmbades in Verbindung mit dem Sportplatz. Der Arbeiter-Gesangverein Einigkeit sang Lieder von Silcher (Die Heimatglocken) und Stubbe (Hört Ihr nicht den Ruf erklingen?), die Damen-Abteilung des Turn-Vereins zeigte sich in Uebungen am Barren und dann brachten die Lehrlings-Teilnehmer die erlernten Volkstänze zur Aufführung, die Volkstänze, wie sie jetzt fast in allen Orten als die ältesten deutschen Tänze erlernt werden und die ehedem unter der Dorflinde nach Volksliedern in Ländlerart ausgeführt wurden. Die erste Anregung zur Wiedereinführung dieser wirkungsvollen Jugendtänze ging schon vor Jahren vom Wandervogel-Verband aus. Das Gros der Buben und Mädchen besann sich aber erst darauf, als die entarteten erotischen Tanzweisen, die tollen Ausgeburten einer irregeleiteten Phantasie, Herrschaft gewannen und ihren gesunden Sinn zu untergraben drohten. Jetzt werden allerorten die alten Reigen geübt und je länger je mehr bewegungstechnisch auch mit Schönheit und Ausdruck ausgeführt und damit gelingt es uns, über die fast närrischen Gliederverrenkungstänze der Tyrannin Mode zu siegen. Das weitere Programm, das ungefähr 150 Mitwirkende bestritten, enthielt dann noch Fechtübungen und exakte Kürübungen am Reck des Turnvereins zu Kamen, Vorführung von Kinderspielen seitens der kath. Jungfrauenkongregation und weiter wurde gezeigt das Leben und Treiben auf froher Wanderfahrt seitens des Mandolinenklubs „Gut Klang" und des Touristen-Vereins Naturfreunde", die ihre „Wanderfahrt" denn doch allzulange auf der „Bühne" ausdehnten, wie auch die Zimmerspiele nicht recht geeignet sind für solch großen Saal und solch stattliche Zuhörerschaft. Dadurch wurden die Zuhörer des Zusehens ersichtlich müde und man erreichte das Gegenteil von dem, was man mit einer solchen Veranstaltung bezweckt. Bei früheren Veranstaltungen dieser Art, die oft an drei Abenden bei ausverkauften Häusern stattfanden, fanden stets kurze, die Jugendpflege betreffende Theaterstückchen und Turner-Aufmärsche großen Beifall, wie auch die solistische Mitwirkung von Sängernmen und Sängern unserer Stadt reiche und angenehme Abwechselung schufen und das Ganze stark belebten. Und dieser Tatsache sollte man sich bei Wiederholungen erinnern.

Amt Unna-Kamen, 19. Sept. (Geschäftsverkehr des Amtes.) Von Montag, den 19. September 1921 an sind die Geschäftsräume des Amtes Unna-Kamen sowie der Amtsnebenstellen in Heeren-Werve und Methler des Vormittags von 8—12 Uhr und des Nachmittags von 2—6½ Uhr für den Abfertigungsverkehr geöffnet. Des Sonnabends sind dagegen Dienststunden nur von vormittags 8—1 Uhr.

! **Heddinghofen**, 19. Sept. (Uhrendiebstahl.) In einem unbewachten Augenblick wurde einem Arbeiter der hiesigen Ziegelei aus der Tischlade in seinem Wohnzimmer die Taschenuhr gestohlen. Der Dieb ist unerkannt entkommen.

* **Wasserkurl**, 19. Sept. (Einbruchsdiebstahl.) Diebe drangen in der Nacht zum 14. ds. Mts. in die Behausung des Landwirts Heinrich Middendorf hierselbst, durchstöberten sämtliche Räume des Erdgeschosses und entwendeten die verschiedensten Gebrauchs- und Einrichtungsgegenstände in bedeutendem Werte.

* **Hagen**, 17. Sept. (Zwei Scheckfälscher verhaftet.) Von der hiesigen Kriminalpolizei wurde ein Kaufmann aus Köln festgenommen, der sich seit längerer Zeit ohne Anmeldung in Hagen aufhielt und hier beschäftigt war. Er hatte sich der Beihilfe an einer Scheckfälschung schuldig gemacht, durch die er zusammen mit einem Dortmunder Kaufmann, der früher in Hagen ansässig war, 350 000 Mark erschwindeln wollte. Der Betrug wurde aber rechtzeitig entdeckt. Beide Täter sitzen jetzt hinter schwedischen Gardinen.

* **Hagen**, 17. Sept. (Unterschlagungen städtischer Angestellter.) Im Herbst 1920 wollte der Wirtschaftsausschuß der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter Wintervorräte beschaffen und erhielt dafür einen Vorschuß von 350 000 Mark von der Stadt. Die beiden Angestellten Potzler und Weber wurden zum Kartoffel-Einkauf nach Pommern geschickt, aber nach kurzer Zeit abberufen, weil sie 35 000 Mark unterschlagen hatten. Nun wurde der Geschäftsführer des Betriebsrates im Rathause, der 31jährige Angestellte Ludwig Riggemann, nach Neustettin gesandt. Er erhielt 90 Mark Tagesspesen und ist von Mitte September bis Mitte Januar dort gewesen. In dieser Zeit hat er lediglich die Verladung von 8 Waggon Kartoffeln überwacht. Er führte dort ein flottes Leben in lockerer Gesellschaft, kam deshalb trotz der hohen Spesen mit seinem Gelde nicht aus und veruntreute ebenfalls rund 20 000 Mark. Wegen dieser Straftat hatte er sich jetzt vor der Hagener Ferien-Strafkammer zu verantworten, die ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilte, auch auf die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren erkannte. Im Urteil wurde betont, daß das Gericht für die Handlungsweise des Angeklagten keine Milderungsgründe habe finden können.

Hagen, 17. Sept. Gasthausmarder gelang es hier unschädlich zu machen. Ein Anstreicher aus Hannover und ein Dienstmädchen aus Haßlinghausen hatten sich unter dem Namen eines Ehepaares Herrer aus Kassel, wohnhaft in Trier, ausgegeben. Als das „Ehepaar" früh das Gasthaus verließ, sah der Besitzer sofort das Zimmer nach und fand, daß die Betten samt der Bettwäsche entwendet waren. Er setzte den beiden nach, stellte sie und übergab sie der Polizei. In dem Koffer, den sie bei sich hatten, fanden sich auch die gestohlenen Betten.

* **Menden**, 17. Sept. (Brand.) Die alte Schule in Holzen, jetzt Wohnung der Familie des Hauptlehrers Wirth und der Lehrerinnen Hesse und Schröder, in der Nähe des Rittergutes Haus Kolten gelegen, wurde in den ersten Morgenstunden ein Raub der Flammen. Die Hausinsassen konnten gerade noch zur rechten Zeit geweckt werden, um sie vor dem Verbrennen zu schützen. Ihre Habe, die jedoch stark beschädigt ist, konnte gerettet werden. Das Haus, das der Gemeinde gehörte, brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder.

! **Ergste**, 17. Sept. Ein großes Schadenfeuer entstand in den gestrigen frühen Morgenstunden auf dem Gutshofe Baum. In dem großen Viehgebäude war Feuer ausgebrochen, welches an den Futtervorräten überreiche Nahrung fand und mit großer Schnelligkeit um sich griff. Trotz des schnellen und tatkräftigen Eingreifens der Feuerwehren von Billigst und Ergste ist das große Gebäude bis auf die Außenmauern ein Raub der Flammen geworden. Das Vieh konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt.

* **Gelsenkirchen**, 17. Sept. (Schwer bestrafter Schweinediebstahl.) Der Arbeiter Heinrich Meulenberg von hier hatte vor einiger Zeit nachts dem Bergmann Wolikowiak in der Haldenstraße ein zwei Zentner schweres Schwein gestohlen, das er gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet hatte. Das hiesige Schöffengericht verurteilte jetzt den Schweinedieb wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahre Zuchthaus. Der Amtsanwalt hatte 3 Jahre Zuchthaus beantragt.

(O) **Hattingen**, 17. Sept. (Den Tod gesucht.) Vom Leinpfade aus sprang ein junges Mädchen in selbstmörderischer Absicht in die Ruhr. Arbeiter, die vom Schlackenberge aus den Vorgang bemerkt hatten, suchten das Wasser mit Haken ab, konnten aber nur noch die Leiche des Mädchens bergen.

(O) **Buer**, 17. Sept. (Kircheneinbruch.) Einbrecher drangen nachts in die kleine Kirche zu Feldhausen ein, brachen den Hauptaltar vollständig auseinander und raubten einen schweren Schrank, der aber nur ein Armband, das Geschenk einer Gräfin, enthielt. Das Tabernakel mit den heiligen Gefäßen blieb unversehrt.

Essen, 17. Sept. (Beamtenschaft und Teuerung.) Eine stark besuchte Beamtenversammlung, in der der Direktor des Deutschen Beamtenbundes Nemmens aus Berlin über die Stellung der Beamten im alten und neuen Staate gesprochen hatte, nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Die in Essen versammelten Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes im Industriebezirk erheben einstimmig energischen Einspruch gegen die jetzige Besoldung, insbesondere gegen die durchaus unzulängliche Erhöhung der Teuerungszulage um 23 Prozent und die dadurch hervorgerufene Verschärfung des unsozialen Aufbaues der Besoldung. Mit diesen geringen Zugeständnissen ist eine fühlbare Linderung der Notlage der Beamtenschaft im Industriegebiet nicht eingetreten. Die Existenzmöglichkeit für den größten Teil der Beamten, insbesondere die der unteren Besoldungsgruppen ist auch jetzt nicht erreicht worden. Der Deutsche Beamtenbund wird aufgefordert, daß er sofort unabhängig von einer allgemeinen sozial gestaffelten Besoldungserhöhung mit allem Nachdruck eine besondere Zulage für das rheinisch-westfälische Industriegebiet als Ausgleich der besonderen Verhältnisse fordert und bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung über diese Forderung dem Führer der Beamtenschaft des hiesigen Bezirks entscheidenden Einfluß einräumt.

(bu) **Essen**, 17. Sept. (Major Klos meineidig?) Allem Anschein nach wird der Buersche Waffenschieberprozeß den Anlaß zu einem weiteren gerichtlichen Nachspiel gegen den verurteilten Major Klos geben, das über kurz oder lang unter Umständen das hiesige Schwurgericht beschäftigen wird. Anläßlich seiner Verhaftung wurde bei dem Major eine Summe von 23 000 Mark vorgefunden und beschlagnahmt, die der Verhaftete lose in der Tasche bei sich trug. Diese Tatsache wurde von großer Wichtigkeit im Zusammenhang mit dem von dem Major geleisteten Offen-

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Puttkamer.

(Nachdruck verboten.)

31. Fortsetzung.

„Ja, und denken Sie nur, liebste Frau von Wiedebach", die Alte war mittlerweile auch wieder zu Atem gekommen, „bei Meyers kam gerade, als ich fortgehen wollte, ich hatte mir wieder von dem großartigen Lachs bestellt, wissen Sie, den Sie neulich bei mir so lobten, — — ja, da kam also die Fleischermeister Depke herein. Sie wissen ja auch, wie die sich immer mit der Lore Werneburg gehabt hat, das war ja direkt albern. Na ja, sie hat ihr das Kind aus dem Wasser gezogen, aber solche fürchterliche Heldentat war das doch nicht mal und solch Tugendengel, wie die alte Depke seitdem immer aus ihr machen wollte, ist sie wahrhaftig niemals gewesen, den Beweis haben wir ja nun in Händen, jeder muß sie ja sofort erkennen. Ich zeigte der Alten das Bild und sagte: Sehen Sie mal, Frau Depke, so hat Ihr liebes Fräulein Werneburg das Schwimmen gelernt: Na, das Gezeter von der Frau hätten Sie nur hören sollen! Sie schrie mich an, die unverschämte Person, das wäre nicht wahr: Und das wäre eine falsche Aehnlichkeit! Und sie legte ihre Hand ins Feuer dafür, daß die Lore an dem schmutzigen Bilde unschuldig sei und . . ." sie konnte nicht mehr, die Puste ging ihr aus.

„Es gibt ja gar keinen Zweifel", Frau von Wiedebach stieß es mit zusammengebissenen Zähnen hervor, in ihr kochte alles vor Wut, „und um solch einer schamlosen Person willen . . . Sie vollendete nicht, ihre Besucherin verstand sie jedoch und nickte teilnahmsvoll und wehleidig: „Ja, nicht wahr? Unerhört ist es. Deswegen dachte ich ja auch an Sie, Liebste, Sie mußten es doch so allererst sehen. Aber hätte", sie erhob sich, um sich endlich zu verabschieden, „daß es nicht in unrechte Hände kommt? Ich will es ja gerne hier lassen, Ihr Mann . . ."

Vollkommen erledigt von soviel freundschaftlicher Anteilnahme, schlich sich die Zurückbleibende zu ihrer Tochter hinauf, doch Suse öffnete nicht.

Sie hatte alle Lampen und Kerzen angezündet, die sie nur finden konnte. Das Oelbildchen, dessen Farben trotz der Zerknitterung noch in voller Frische leuchteten, lag in hellstem Licht auf dem Tisch und das Mädchen stierte wie gebannt darauf hin. Ihre Lippen murmelten unaufhörlich und den Kopf wiegte sie beständig hin und her, auf und ab, als ob sie sich, selber etwas bestätigen wolle. Unstet griffen und tasteten die Hände bald nach diesem, bald nach jenem Gegenstand, in den Augen stand ein schmerzvoller Ausdruck krampfhaft auf einen Punkt gesammelten Nachdenkens. Das Bild wollte um lachte, und der Frauenkopf trug darauf unverkennbar die Züge ihrer Feindin, das bestrickende Lächeln, mit dem sie die Männer betörte, daß sie vergaßen, was sie noch gestern geliebt.

Das angestrengte Stieren in Suses Blick klärte sich mit einem Male. Sie trat vor den Spiegel. Ihr Auge musterte kalt und kritisch ihr Abbild. Sie war häßlich, alt und häßlich! Sie sah es unerbittlich klar mit erwachtem Verstande, nichts als häßlich: Die da drüben aber war schön . . . und jung, das war es . . . damals . . . . und heute vielleicht noch mehr: Sie wurde geliebt und geehrt, sie war reich und ungehängt, alles, alles hatte sie, was ein Frauenleben glücklich machen kann . . ., und sie? Sie hatte nichts: Gar nichts! Wie ein Bettler stand sie vor der Türe des Lebens und mußte verhungern nach ein wenig, ein ganz klein wenig Glück:

„Ich hasse dich!" Der wilde Ausdruck flammte wieder über ihr verzerrtes Gesicht. „Ich hasse dich!" zischte sie wieder und immer wieder brauste und dröhnte es in dem armen, krankhaft überreizten Gehirn: „Ich hasse dich!"

Nach einigen Tagen ging der Amtsgerichtsrat an der Post in Kirdorf vorbei und der Postmeister, sein alter Stammtischkamerad, klopfte ans Fenster. „Ach, bitte, lieber Herr Amtsgerichtsrat, einen Augenblick!" Drinnen übergab er ihm einen großen Brief. „Wieder einer!" sagte er.

„Ja, ja!" meinte Herr von Wiedebach und steckte ihn unbesehen ein. Er war ein alter, müder Mann geworden. Das Leid um die Tochter und die Scham und Angst, die sie mit ihrer unseligen Schreiberei über seinen guten alten Namen brachte, zehrten an ihm. Der Postmeister sah ihn mitleidig an. „Es wird ja auch mal wieder besser werden", tröstete er gutmütig, „wir passen schon auf, wir kennen ja die Handschrift. Und hier schreiben sie ja Gott sei Dank noch nicht so viel wie anderswo."

„Ja, ja", sagte der Amtsgerichtsrat stumpf und ging. Er sagte immer nur „Ja, ja!" Das war das einfachste, auch zu Hause, dann herrschte wenigstens Frieden. Stille sein und aushalten, weiter blieb einem ja nichts übrig. Als er den Brief seiner Frau gab, erbleichte sie jäh. „Leo, was sollen wir bloß machen?" „Ja, ja", versetzte er gleichgültig, „verbrennen, wie immer." „Ja, aber so sieh doch nur . . .!" „Ach liebes Kind, laß doch gut sein. Verbrennen, immer verbrennen. Ich muß doch arbeiten." Damit zog er sich in sein Zimmer zurück und schloß ab. Ueber den Sorgen um ihre arme Tochter vergaß Frau von Wiedebach in letzter Zeit ganz, auf ihren Leo Obacht zu geben und merkte nicht, daß er beim „Arbeiten" manche Flasche Rotwein so ganz im geheimen leerte, es schlief sich dann viel besser und die Zukunft sah einen nicht so trostlos an, rechtfertigte er sein Tun vor sich selber.

Auch sie saß allein in ihrem Zimmer und grübelte. Sie ahnte . . . nein, sie wußte, was der Brief enthielt. Ein teuflisches Gelüst nach Rache packte die Frau, deren Eitelkeit sich jahrelang wie unter der Peitsche gekrümmt und gewunden hatte. Möchte die andere doch auch einmal kennen lernen, was Leiden heißt! Sie aus ihrem stolzen, sorglosen Glück zu stürzen, schien ihr eine süße Genugtuung für allen Jammer und alle Not, in die sie und ihr Kind und ihr Mann um ihretwillen geraten waren. Die wütende Bitterkeit, an der sie neulich als die Degener ihr die Waffe in ihrer Schreilust in die Hand gab, fast zu ersticken schien, drängte jetzt in ihr zur Tat. Suse war ja unverkennbarerweise krank, wer wollte eine Kranke zur Rechenschaft ziehen, wie leicht konnte ein Brief von ihr, trotz der Sperre, übersehen, befördert werden, man brauchte nur die Handschrift unmerklich abändern. Die Frau Degener hatte schon nach dem Bilde geschickt; sie würde Suses Erregung vorschieben oder ihren Mann, der es ja vernichtet haben konnte und den man nicht mehr danach fragen dürfe, irgend eine Ausrede würde sich schon finden. Und mittlerweile mochte das Schicksal seinen Lauf nehmen und nur zu gerechte Vergeltung üben, sie wollte es nicht hindern. Das himmelschreiende Unrecht, das jener Mann ihrem Kinde angetan, brannte noch nach Jahren wie ein Makel auf ihr, nun konnte er ja sehen, was er sich dafür eingetauscht hatte, so ein Allerweltskindchen, eine feine Gräfin: Das mußte man sagen! Sie, alle drei, mußten ihr Unglück ja auch mit Schweigen und Anstand tragen, mochten nun auch einmal die Glückskinder lernen, was es heißt, ein Skelett des Unheils im eigenen Hause sitzen um sich zu haben!

Es lag ein harter, böser Zug um ihren verkniffenen Mund, als sie an diesem Abend Suse zur Gutenacht küßte und es mit ansah, wie das Mädchen, wie ein Kind, harmlos und stumpfsinnig mit ihrem Wollknäuel spielte. In einer ihr fast unerklärlichen Aufwallung griff die Frau zur Schere und schnitt in das Knäuel hinein, einmal, zweimal, ganz wild und sinnlos, daß die Enden nur so baumelten. Suse sah ängstlich auf und verzog den Mund zum Weinen. „Aber Mutter!" klagte sie. Doch die nahm sie in den Arm und versprach ihr ein neues, rotes Spielzeug, und ihre sonst so scharfe Stimme bebte seltsam weich, so groß war der Jammer um ihr Kind.

(Fort. folgt.)

barungseid, in dem er bestritt, Vermögen zu besitzen. In dem Verfahren, das zu dem Offenbarungseid führte, klagte ein ehemaliger Kamerad des Majors auf Rückzahlung eines Betrages von 600 Mark, den ihm der Kamerad vor vielen Jahren geliehen hatte. In dem Waffenschieberprozeß erklärte der Major, er habe den Betrag nicht zurückzahlen wollen, aus Trotz, weil er sich durch das Vorgehen des Gläubigers beleidigt gefühlt habe. Er gab weiter an, daß er die Summe von 23000 Mark in dem Offenbarungseid deshalb nicht angegeben habe, weil er die nicht als sein eigenes Vermögen angesehen habe, es seien vielmehr Sicherheitsgelder, die er für den Betrieb einer Kantine zur Verfügung gestellt habe. Die Staatsanwaltschaft will ihm jedoch in dieser Auffassung nicht folgen. Sie hat nunmehr das Verfahren gegen den Major auch nach dieser Richtung eingeleitet. Wie die Duersche Zeitung hört, ist jetzt gegen den Major ein weiterer Haftbefehl wegen dringenden Verdachts des Meineides erlassen worden.

* **Duisburg**, 17. Sept. **(Der Zug ohne Führer.)** Der Dienstag mittag 12,40 Uhr in Hannover eintreffende Berliner D-Zug wurde der Station Hannover als derart überfüllt gemeldet, daß ein Vorzug nach Köln abgelassen werden mußte. Als dieser Zug in Duisburg eintraf, weigerten sich Zugführer und Schaffner, den Dienst weiter zu versehen. Sie nahmen ihre Koffer und verschwanden zum Erstaunen der Passagiere des vollbesetzten Zuges. Der Zug mußte über zehn Minuten im Bahnhof Duisburg verbleiben, währenddessen es dem Bahnhofsvorsteher gelang, Ersatzpersonal zu beschaffen, das alsdann den Zug bis Köln begleitete. Es war nicht festzustellen, ob ein Verschulden des Bahnhofsvorstehers vorlag oder ob das Zugpersonal zu Unrecht den Zug verließ und sich um dessen Fortschaffung nicht weiter mehr kümmerte.

* **Radevormwald**, 17. Sept. **(Durch Brunnengase getötet.)** Als der Brunnenbauer Schenkbach hier in einen Brunnen hinabstieg, um Ausbesserungsarbeiten auszuführen, wurde er durch giftige Gase betäubt. Ein wackerer junger Mann, der sich an einem Seil in den Brunnenschacht hinabließ, um den ohnmächtigen Brunnenbauer zu retten, verlor gleichfalls die Bestimmung, ehe er den anderen Verunglückten erreicht hätte. Da er angeseilt war, konnte er wieder emporgezogen und ins Leben zurückgerufen werden. Sodann unternahm ein Mitglied der Sanitätskolonne, mit einem Sauerstoffapparat ausgerüstet, einen Rettungsversuch. Der Apparat versagte aber durch irgend einen unglücklichen Umstand, sodaß auch der zweite mutige Retter durch die giftigen Gase betäubt wurde, bevor er seine Absicht erreicht hatte. Nachdem er aus dem Brunnen herausgezogen worden war, erlangte er bald die Besinnung wieder. Nach stundenlangen Bemühungen gelang es endlich, durch Pumpen den Brunnen von den giftigen Gasen zu befreien und den Verunglückten herauszuholen. Die Wiederbelebungsversuche waren leider umsonst; der Verunglückte war bereits tot.

* **Biebrich**, 17. Sept. **Besonders schlau** wollte der Gelegenheitsarbeiter Dietrich aus Wiesbaden sein. Als vor längerer Zeit in Biebrich eine französische Fahne von einem Unbekannten heruntergerissen und durch deutsche Polizei eine große Belohnung für die Ermittelung des Täters ausgesetzt worden war, veranlaßte er seine Braut, ihn, Dietrich, als Täter anzuzeigen, um in den Besitz der Belohnung zu kommen. Auch nahm er an, daß er nach der Bestrafung ausgewiesen und im unbesetzten Gebiet von den deutschen Behörden Unterstützung erhalten werde. Nach der Verhaftung des Dietrich ging das Verhältnis auseinander und der ganze Schwindel kam heraus. Dietrich erhielt vom französischen Gericht einen Monat Gefängnis und 200 Franks Geldstrafe.

* **M.-Gladbach**, 17. Sept. **Die Strafkammer** verurteilte zwei Arbeiter aus Rheydt, die aus der katholischen Kirche in Nimbourg-Bruchhausen in Holland Gegenstände, die für den Gottesdienst bestimmt waren, gestohlen hatten, zu 3 bezw. 4 Jahren Zuchthaus und je 5 Jahren Ehrverlust.

Trier, 17. Sept. **(Schwarze in Bürgerquartieren.)** Im Stadtkreis Trier sind schwarze Truppen in Bürgerquartieren untergebracht. Es handelt sich um Senegal- und Kamerunneger, Marokkaner und Kongineser. Die Bürger haben gebeten, sie von dieser Einquartierung zu befreien und darauf die Antwort erhalten, es handle sich nicht um Farbige, sondern um Kolonialtruppen. Die Neger tragen die Uniform eines Kolonial-Infanterieregiments.

„Westfälische Heimat".

Reiseeindrücke eines Nicht-Westfalen.

Alles Lebendige hat sein Element, in dem allein es gedeihen kann. Die Pflanzen brauchen die mütterliche Erde, um leben zu können, die Fische das Wasser, Tier und Mensch aber den Sonnenschein. Doch auch des Menschen Seele geht zugrunde, wenn sie nicht in lebendiger Fühlung mit dem bleibt, was sie bildete: Mit dem Volke und dem Lande, aus dem sie erwuchs, mit ihrer Heimat. Ja, Heimat und Volk sind der Mutterboden, aus dem wir immer wieder unsere beste Kraft holen. Das konnte man wohl kaum eindringlicher erleben als während des Krieges. Da draußen in der Einsamkeit des Schützengrabens ist uns das Bild der Heimat bis in seine Einzelheiten deutlich vor der Seele erschienen. Garten, Wald, Wiese und der Feldweg hinter Vaters Haus sehen ganz anders aus als alle Dinge gleicher Art in der ganzen Welt. Und das Kirchlein auf der Höhe des Heimatdorfes gleicht trotz seines allgemein abendländischen Umrisses keiner andern Kirche der Welt. So ward uns bis in die alltäglichsten Kleinigkeiten hinein das Bild der Heimat draußen deutlich und lieb und wert. Ja, gerade im Alltäglichen und Altgewohnten mußten wir da den Wert der Heimat erkennen.

Die andere Quelle unserer Kraft aber ist unser Volk. Hindenburg, der in der vornehmen Schlichtheit und Treue seines Wesens ein Vorbild deutscher Art darstellt, hat vielen deutschen Männern und Frauen in diesen Jahren nationaler Trauer das Trostwort geschrieben: „Vergeßt den Geist von 1914 nicht!" Das ist ein gutes Wort, denn damals, vor 7 Jahren, haben wir unser Volk erlebt. Allerorts im deutschen Vaterlande aber leben die Keime dieses Volkes fort, und auch das Bild, das wir einmal von ihm gesehen haben, bleibt in unserm Herzen stehen. Und wir tun gut daran, uns immer wieder die besten Seiten unseres Volkes eindringlich vor die Seele zu malen.

Mein Weg hat mich nach Westfalen geführt. Es sind mir nur wenige Eindrücke begegnet, aber sie sind nachhaltig. Da ist gleich der wunderbare Eingang in dies Land, die Westfälische Pforte. Ich bin nun zweimal an ihr vorbeigefahren mit vollem Bewußtsein, nun in ein bestimmt abgegrenztes deutsches Gebiet zu kommen. Die Gestalten der Menschen werden von da an in überwiegender Zahl größer, kräftiger, die Köpfe langschädelig, im Gegensatz zu den kleinen rundschädeligen Menschen Mitteldeutschlands. Die Sprache nimmt die bekannte Art an, bei der die Selbstlaute und Mitlaute scharf herausgeschoben werden, eine Mundart, die in ihrer hochdeutschen Form für den, der aus den Gefilden Sachsens kommt, nur noch wenig Mundartliches an sich hat. Die Landschaft Westfalens ist nicht einheitlich, sondern außerordentlich mannigfaltig. Vom Tiefland bis zum zerklüfteten Mittelgebirge, von der rotbraunen Heide bis zum grauen Felsengebirge. Das gibt aber gerade dem Charakter der westfälischen Landschaft reizvolle Abwechselung. Und nun das Wunderbarste und Schönste, was ich bisher an großen landschaftlichen Eindrücken hier erlebt habe und was mich, der ich die meisten Jahre meines Lebens in ausgesprochener Industriegegend Mitteldeutschlands gelebt habe, tief erschüttert und hoch erfreut hat: Ich möchte es den Sieg der Landschaft über Technik und Industrie nennen. Es wird freilich nicht schwer sein, eine Menge Beispiele aufzuzählen, die aufs neue die ganze unglaubliche Roheit und Rücksichtslosigkeit zeigen, mit der der Mensch die natürliche Schönheit der Landschaft durch Technik und Industrie vernichtet. Aber noch scheint mir hier die alte Landschaft den Sieg behalten zu haben über die Fabriklandschaft. Freilich wie lange, das steht ganz bei uns! Denn es kann nicht geleugnet werden, daß schon in der Umgegend von Hagen, und noch mehr bei Bochum und Dortmund die Natur unter den schädlichen Ausdünstungen der Schächte und Fabriken leidet.

Westfalen ist dem andersstämmigen Deutschen nicht unbekannt. Bei dem Klang dieser Worte steigt das einzigartig schöne westfälische Bauernhaus auf, ein Sinnbild deutschen Bauernstolzes und Bauerntrotzes. Nicht weniger stark lebt in der Seele des Nichtwestfalen das Bild des westfälischen Bergbaues und der westfälischen Industrie, die erdrückende und den einzelnen entweder einordnende oder zermalmende Großartigkeit dieser noch jungen Entwicklung, ein Sinnbild der deutschen Unternehmungslust und Arbeitskraft. Beim Hören des Landschaftsnamens Westfalen aber erklingt wieder dem einen oder andern vertraut die schöne plattdeutsche Mundart, wie sie aus den Dichtungen des blinden Droste, Friedr. Wilhelm Grimme, Wagenfeld u. a. bekannt ist. In dem Herzen der meisten Deutschen aber ist dem Land und Volk Westfalens ein unvergängliches Denkmal aufgerichtet worden durch die „Judenbuche" und die Balladen der Droste-Hülshoff, durch Webers „Dreizehnlinden" und seit einigen Jahren durch Hermann Stehrs religiösen Bauernroman „Der Heiligenhof". Einige haben auch noch Liebe übrig für die trotzigen Gestalten zweier Führer der jungen deutschen Dichtung, der Brüder Julius und Heinrich Hart und des Sonderlings Peter Hille.

So gibt die Gegenwart der Vergangenheit Westfalens an Größe und Bedeutung nichts nach. Noch ist die alte Landschaft bedeutend und schön, die neue nicht reizlos und sinnbildlich für die Veränderung der Arbeitsform. Noch arbeitet auf den Höfen das alte, kraftvolle und stolze Geschlecht der Bauern, dessen Trotz auch die Arbeit in der Tiefe der Erde nicht gebrochen hat. Noch beseelt religiöse Innigkeit und Leidenschaft diesen mannhaften deutschen Stamm, und die Losung heißt gerade heute in Westfalen: „Hie gut deutsch allewege!"

Lehmann-Mückenberg.

Die Märzunruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags über den Kommunistenaufruhr in Mitteldeutschland wurden als Zeugen die Leiter und Betriebsratsmitglieder des Lennawerks vernommen. Direktor Oster vom Lennawerk gab Auskunft über die enormen Holzdiebstähle auf dem Werk. Die Beaufsichtigung durch den Pförtner wurde zum Anlaß genommen, einen Streit herbeizuführen, der tatsächlich politische Gründe hatte. Bei der Feststellung der Diebe wurden die Pförtner verprügelt. Die Feststellung der Machtlosigkeit des Aufsichtspersonals führte zur Steigerung der Diebstähle; in großen Mengen wurden Holz, Blei, Quecksilber besonders nach Halle weggeschleppt. Die Pförtner stellten schließlich den Dienst ein und ließen die Arbeiter gewähren. Die Verhältnisse spitzten sich schließlich zum Generalstreik zu. Wiederholt haben uns ältere Arbeiter verlassen und uns gesagt, das machen wir nicht mehr mit. Holz war 1919 bei uns und hat durch aufreizende Reden die Leute durcheinander gebracht. Der frühere Obmann des Betriebsrats im Lennawerk, Daniel, bestätigte, daß er und die Vertrauensleute den Betriebsdiebstählen entgegengewirkt hätten. Ein Teil der Arbeiter, Angehörige der Kommunistischen Partei, hielten es für die zweckmäßigste Bekämpfung des Kapitalismus, wenn man ihm nähme, was er habe und was man selber brauche. Als die Pförtner verprügelt waren, haben wir selber die Aufsicht an den Ausgängen übernommen, wurden aber bedroht, und die Gesamtstimmung wurde von den Kommunisten gegen uns aufgebracht. Die Leute, die stehlen wollten, verabredeten sich, einen bestimmten Ausgang zu benutzen. Wurde jemand angehalten, so drängten die andern nach, überrannten den Pförtner und entkamen. Es war nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiterschaft, der sich auf Diebstähle legte. Ein Terror ist nicht ausgeübt worden. Auf Fragen des Vorsitzenden erklärte Daniel, er habe den Aufruhr im März unter allen Umständen mißbilligt und den geplanten Streik als Verbrechen bezeichnet. Die Kommunisten seien anderer Meinung gewesen. Am 3. Februar habe ihr Führer, Komsien, den Zeitpunkt für gekommen erachtet. Den Kommunisten allein wäre es nicht gelungen, einen Streik in den Lennawerken zu entfesseln. Erst dadurch, daß die Hallesche Bezirksleitung der Kommunisten dafür eingetreten sei, daß unter allen Umständen losgeschlagen werde, sei es zum Streik gekommen. Die beiden kommunistischen Parteien hätten über das Losschlagen gemeinschaftlich verhandelt, und zwar gegen den Willen der Arbeiterschaft.

Der deutsche Großhandel zur Wirtschaftspolitik.

Der Zentralverband des deutschen Großhandels hielt in München seine Tagung ab. Anwesend waren Vertreter der Reichsregierung, der preußischen Regierung, der bayrischen Regierung, sowie Vertreter der hervorragendsten Korporationen und Verbände des deutschen Wirtschaftslebens. Die ganze Tagung stand unter dem Gedanken, daß Nord und Süd untrennbar zusammen gehören und daß der deutsche Großhandel nur durch Einigkeit und engstes Zusammenarbeiten in der Lage ist, sich wieder die bedeutende Stellung zu erringen, die der deutsche Großkaufmann vor dem Kriege hatte. Die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung wurde als durchaus verfehlt bezeichnet. Es wurde die Forderung aufgestellt, eine durchgreifende grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Ferner forderte die Tagung die restlose Aufhebung der Sanktionen im besetzten Gebiet und sandte den oberschlesischen deutschen Brüdern einen Treugruß.

Wer hat den Versailler Vertrag verschuldet?

Der englische Lord Bryce hatte kürzlich in einer Rede Italien als den schuldigen Teil erklärt für die Zustände, die aus dem Versailler Vertrag entstanden sind. Italien habe Süd-Tirol nicht annektieren dürfen, weil es dadurch das Nationalitätenprinzip verletzt habe. Die Franzosen seien in ihrem blinden Haß gegen das besiegte Deutschland mitschuldig, daß ein wirklicher Friede nicht eintreten könne. Der italienische Senatspräsident Tittoni hat Lord Bryce geantwortet, daß der ganze Vertrag von Versailles eine Kette von Verstößen gegen das Nationalitätenprinzip sei: doch sei der Vertrag nicht von Italien gemacht, sondern von den Verbündeten, unter denen England die bedeutendste Rolle beim Zustandekommen des Vertrages innehatte. Lord Bryce antwortet darauf und sagt, wenn die Auffassung Tittonis von den übrigen Verbündeten geteilt würde, so bleibe nur eine einzige Möglichkeit übrig, den Versailler Vertrag sobald wie möglich aufzuheben und an seine Stelle einen neuen zu setzen, der allen Nationalitäten ihr Recht zurückgibt und sie ihrem Mutterlande wieder zuführt.

Die deutsch-amerikanischen Blätter schreiben zu dem Vorschlag von Lord Bryce, daß sie sein ehrliches Urteil einzuschätzen wüßten, aber der Lord möge seine Nation nicht vergessen, der an der Urheberschaft all dieses Uebels aus dem Versailler Vertrag die größte Schuld beizumessen sei. England habe nicht allein mitgeholfen, den Vertrag durchzusetzen, sondern es habe sich auch bisher gegen jede Abänderung erklärt.

Leon Bourgeois über die Ziele des Völkerbundes.

(TU) In der Dienstag-Sitzung des Völkerbundes hielt Leon Bourgeois eine Rede, worin er zunächst feststellte, daß eine Völkerbewegung zugunsten des Völkerbundes sich bemerkbar mache und eine große Debatte über die allgemeine Abrüstung ankündigte, an der auch Viviani teilnehmen werde. Der Völkerbund sei eine öffentliche Schule für die Völker. Bourgeois setzte sodann das dreifache Ziel des Völkerbundes auseinander: 1. Einsetzung des internationalen Gerichtshofes. 2. Den Frieden gegen die Gefahren zu schützen, die ihn zerstören könnten und 3. Internationale Organisationen des Lebens der Nationen. Bourgeois erklärte, daß er die Abrüstungsfrage noch nicht besprechen wollte. Ueber diese Frage habe die französische Delegation einen Antrag eingebracht. Murray-Südafrika brachte zwei Anträge über den Schutz der Minderheiten ein. Ueber die oberschlesische Frage erklärte Bourgeois noch: In dieser Frage dürfen wir keineswegs versagen: Es muß uns gelingen, eine Lösung zu finden.

Aufruf zur Rückkehr von Flüchtlingen nach Oberschlesien.

(TU) Der Flüchtlingskommissar erläßt einen Aufruf zur Rückkehr von Flüchtlingen nach Oberschlesien. In diesem Aufruf heißt es: Die Sicherheitsverhältnisse im oberschlesischen Abstimmungsgebiet haben sich sehr gebessert. Um den Flüchtlingen die Einreise nach Oberschlesien zu ermöglichen, hat die interalliierte Kommission in Oppeln folgende Bestimmung getroffen: Der Flüchtling richtet an den Kreiskontrolleur, in dessen Bereich sein Wohnort liegt, ein kurzes Gesuch. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Visum eines französischen Konsulats nicht erforderlich ist.

Die verhinderte Auflösung der Gemeindewache in Biskupitz.

In Biskupitz sollte am 12. 9. vormittags 11 Uhr die von dem Führer der oberschlesischen Polizei, dem italienischen Oberst Pesenti, angeordnete Auflösung der Gemeindewache erfolgen, die fast nur aus Polen und zum größten Teil aus ehemaligen Aufständischen besteht. Um die Auflösung zu verhindern, sammelte sich vor dem Gemeindehaus eine Menge von etwa 200, zum größten Teil bewaffneten Leuten an. Die Leute verlangten, daß der Gemeindevorsteher sofort sein Amt niederlege. Er und die deutschen Beamten der Gemeindeverwaltung wurden gezwungen, das Rathaus zu verlassen. Der Gemeindevorsteher fuhr nach Hindenburg, um dem Kreiskontrolleur, einem französischen Major, Bericht zu erstatten. Dieser begab sich in Begleitung des Gemeindevorstehers und eines französischen Offiziers nach Biskupitz. Sein Wagen wurde jedoch am Eingang zur Ortschaft von einer Bande von etwa 25 bewaffneten Polen angehalten, die den Gemeindevorsteher nicht in den Ort hineinlassen wollten. Dieser mußte deshalb mit dem französischen Offizier nach Hindenburg zurückkehren, während der Kreiskontrolleur zu Fuß nach Biskupitz hinging. Ausgerichtet hat er bis jetzt nichts. Die polnische Gemeindewache besteht noch heute und der Gemeindevorsteher kann immer noch nicht nach Biskupitz zurückkehren. Sein Amt hat der stellvertretende polnische Gemeindevorsteher übernommen. Am 1. 9. war ein vom Obersten Pesenti entsandter italienischer Offizier in Biskupitz, um die Durchführung der Verordnung des Polizeichefs zu verlangen. Was er ausgerichtet hat, ist noch nicht bekannt.

Die russische Propaganda an Polens Ostgrenze.

Die von der polnischen Regierung veröffentlichte Proklamation, welche alle Teilnahme an Streiks und die Unterstützung der Streikenden bei strengen Strafen verbietet, wird in Warschauer Telegrammen englischer Zeitungen dahin erklärt, daß die polnische Regierung verschiedenen Organisationen auf die Spur gekommen sei, welche direkt mit Moskau in Verbindung ständen und in Polen diese Streiks organisierten. Diese würden zum Teil auch dann nicht aufhören, wenn die von den Arbeitern gestellten Forderungen zugestanden würden. Der Korrespondent der Times in Polen behauptet, es handle sich um einen regelrechten Krieg zwischen Sowjetrußland und Polen, d. h. einen Krieg neuer Art, der jetzt von Moskau ausgeführt werde, wo von dem Arbeiterschutzkomitee unter dem Vorsitz Trotzkis neulich eine Resolution angenommen worden sei, die besage, daß gegen Polen und alle nichtkommunistischen Randstaaten mit allen Mitteln Krieg geführt werden müsse, nur nicht durch militärische Operationen. Die Zustände an der Ostgrenze Polens seien als die Folge dieses Beschlusses anzusehen, der selbst wieder ein Kompromiß sei zwischen dem Ultramilitarismus Trotzkis und der gemäßigten Richtung, die zurzeit in Moskau die Oberhand gewonnen habe. Die bolschewistischen Agenten gingen mit Diamanten und Geld beladen über die Grenze und organisierten Streiks und Unruhen. Die polnische Regierung habe schon einmal dagegen protestiert, aber das habe nichts geholfen.

Ein Komplott der Regierung von Angora.

(TU) Nach einem Telegramm aus Konstantinopel hat das englische Informationsbureau den unbestreitbaren Beweis für das Bestehen eines Komplotts erhalten, das von der Regierung von Angura angestiftet worden war und von ihr unterstützt wurde. Der Zweck des Komplotts war, in Konstantinopel eine Revolution anzuzetteln und sich in deren Verlauf in den Besitz des zur Ablieferung an die Alliierten bestimmten Kriegsmaterials zu setzen. Außerdem sollte eine Verschwörung unter den britisch-indischen Truppen angestiftet werden. General Herrington, der Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Konstantinopel, hat der Regierung eine Liste von Personen überreicht, deren Verhaftung und Auslieferung gefordert wird.

Aus aller Welt.

— **Tragisches Ende eines Münchener Emporkömmlings.** Der frühere Steinhauer Liebl, von dem sich die Gräfin von Hohenthal, die Erbtochter des verdorbenen Grafen und Herrn von Egg in Niederbayern nach der Revolution entführen ließ, um ihn zu heiraten und sich dann nach Verkauf ihres schönen Besitztums wieder nach namhafter Abfindung von ihm scheiden zu lassen, ist bei einer Ausfahrt bei einer abschüssigen Straßenstelle in der Nähe von Egg tödlich verunglückt. Er wurde fünf Meter weit in hohem Bogen aus dem Wagen geschleudert und hat das Genick gebrochen, sein Begleiter hat dagegen nur einen Rippenbruch erlitten.

— **Ein verwegener Einbruch** wurde bei einem amerikanischen Offizier in Berlin verübt. Der Offizier ließ ein Fenster seines Schlafzimmers über Nacht offen stehen. Diese Gelegenheit benutzte ein Dieb, um in das Zimmer einzusteigen. Es gelang ihm auch, die Schmucksachen und den Revolver des Amerikaners, die auf dem Nachttische lagen, unbemerkt zu entwenden. Als er dann aber die Verwegenheit besaß, einen Schrank aufzubrechen, erwachte der Offizier durch das Geräusch. Der Einbrecher sah jetzt von seinem Beginnen, den Schrank auszuräumen, ab und entfloh durch das Fenster. Der Offizier wollte jetzt nach seinem Revolver greifen, mußte aber feststellen, daß dieser von dem Einbrecher mitgenommen war.

(Eingesandt.)

Unna, 19. Sept. **(Der Streit ums Brotmarkenkleben.)** Wie wir schon am Dienstag berichteten, ist zwischen der Kreisverwaltung und den Bäckermeistern des Landkreises Hamm ein Streit ums Brotmarkenkleben entbrannt. Die Bäckermeister müssen bekanntlich die von ihren Kunden abgegebenen Brotmarken aufkleben, wodurch ihnen, ihren Frauen bezw. Kindern eine zeitraubende und unerträgliche Sonntagsarbeit aufgezwungen wird. Warum nur, so wird uns geschrieben, diese umständliche und beschwerliche Markenkontrolle, die anderwärts und auch in Hamm überflüssig ist? Warum folgt man nicht den fortwährenden Anregungen der Bäckermeister, die Brotmarken statt aufgeklebt entweder in Umschlägen oder gebündelt abzuliefern, wodurch wie anderorts eine ebenso genaue Kontrolle möglich ist? Warum nur dieser kleinliche Streit und dieser unerklärliche Widerstand der Kreisverwaltung? Sie schaffen folgende Lage: Da die Bäckermeister Mehlbezugsscheine nur gegen geklebte, nicht aber gegen gebündelte oder anders abgelieferte Marken erhalten, werden die Markenmehlbestände der Bäckermeister, falls die Kreisverwaltung kein Entgegenkommen zeigt, am Samstag erschöpft sein, und es kann von Samstag ab nur noch markenfreies Brot geliefert werden. Um der Bevölkerung aber das Lebensnotwendige zu geben, haben die Bäckermeister eine vom behördlichen Zwange freie Versorgung der Bevölkerung vorgesehen. Sie werden markenfreies Brot in genügender Menge bieten, dessen Preis den des Markenbrotes nur wenig übersteigen wird. Das neue Brot wird zudem bedeutend besser sein, als das Markenbrot. Die Bäckermeister wünschen jedoch, daß möglichst bald eine Einigung mit der zuständigen Kreisverwaltungsstelle zustande kommt.

Konzert, Theater rc.

Kamen, 19. Sept. Auf den Experimental-Vortrag des Physikers Dr. Stadthagen-Berlin heute abend im Nagelschen Saale, Westentor, weisen wir nochmals hin. Herr Stadthagen sprach 16 Mal in Wien vor ausverkauften Häusern, die Karten dazu waren teilweise wochenlang vorher vergriffen. Es steht somit den Kamenern ein genußreicher Abend bevor. Karten sind noch an den bekanntgegebenen Stellen erhältlich.

Wetterbericht.

20. Sept.: Vielfach heiter, strichweise Regen, kühl.
21. Sept.: Wollig, teils Sonne, vielerorts Regenfall, kühl.
22. Sept.: Sonne, Wolken, strichweise Regen, ziemlich warm.
23. Sept.: Kaum verändert, strichweise Gewitter, windig.
24. Sept.: Sonne, normal temperiert.

Wie soll die Nahrung des Kindes sein? 1. Nährkräftig! 2. Unbedingt verdaulich! 3. Wohlschmeckend! Eine Vereinigung und Verwirklichung dieser drei Vorzüge bietet Nestle's Kindermehl. Es enthält die tadellose Milch keimgesunder Alpenkühe und alle zum Wachstum des Säuglings erforderlichen Nährstoffe. Erhältlich in allen Apotheken, Drogerien und feineren Kolonialwarenhandlungen. 2003

Das Drama von Mayerling.

Der Tod des österreichischen Kronprinzen, Rudolf, der nunmehr bereits 32 Jahre zurückliegt, ist noch immer nicht aufgeklärt, und dieses nie gelüftete Geheimnis des „Dramas von Mayerling" hat zu den wildesten Gerüchten und Legenden Anlaß gegeben und immer wieder tauchten neue Schilderungen des tragischen Ereignisses auf. Einen bisher unbekannten Quellenbericht veröffentlicht Adam Müller-Guttenbrunn in der September-Nummer von Westermanns Monatsheften. Es handelt sich um eine ausführliche Erzählung aller mit dem schrecklichen Ereignis zusammenhängenden Vorfälle, die kurz nach dem Tode des Erzherzogs auf Grund eines mündlichen Berichtes des Unterförsters Karl niedergeschrieben wurde.

Karl war dem Kronprinzen zu persönlichen Dienstleistungen zugeteilt, wenn Jagd in Mayerling war. Er schildert, wie der Kronprinz am 18. Januar 1889 mit dem Prinzen Coburg und dem Grafen Hoyos zur Jagd herauskam. Der Kammerdiener Loschek begleitete den Prinzen. Am Abend des 29. Januar fuhr die Geliebte Rudolfs, die Baronin Vetsera, die auch dagewesen war, wieder fort. „Der Graf Hoyos und der Kronprinz," so erzählt Karl in seiner treuherzigen naiven Art, „hab'n sie zum Wagen geführt. Der Herr Loschek hat die Kleider tragen und i hab' das Licht g'halten. Der Kronprinz selber hat's einpackt. Das letzte Wort, was er g'sagt hat, war: „Also morgen." Was sie g'sagt hat, hab' i net verstanden, weil i in der Tür g'standen bin, daß mir der Wind net das Licht auslöschen tut. Aber g'lacht haben's, und lustig waren beide. Draußt is Schnee g'fallen. Wie der Kronprinz mit 'm Grafen neingangen is, war ihm kalt. Er hat si d' Händ g'rieben und hat zum Grafen g'sagt: „S's g'scheit, daß 's schneit; da hab'n wir morgen gute Spur." Na, und da hab' i ihm zum letztenmal g'sehn. Dann war noch der Förster Bauer bei ihm. Der hat g'meld't, daß d' Jagd am Krottenbach sein wird. Der Kronprinz soll g'sagt hab'n: „D' Leut sollen um 8 Uhr schon alle dort sein, denn lang können wir morgen net jagen, weil i nach Wien muß." Bei der Nacht hab' i beim Verwalter a Tür gehn g'hört. Da hab' i wissen woll'n, wer dort so spät umgeht. I bin aufg'standen, bin ums ganze Schlößl rumgangen, hab' aber niemand net g'sehn. Beim Kronprinzen war a ka Licht mehr. Das kann so um ½2 Uhr g'wesen sein."

Um 7 Uhr morgens war der Kronprinz dann schon auf die Pürsch gegangen. Nach dem Frühstück verbreitete sich die Kunde von dem Unglücksfall im Schloß. Die Jäger, die ihn begleiteten, berichteten, ihm sei auf der Pürsch bei der roten Buchen „a Unglück g'schehn." Als der herbeigeholte Arzt aus Baden kommt, kann Karl einen Augenblick ins Zimmer sehen: „Der Kronprinz is auf'n Bett gelegen, Stiefeln und Hosen hat er angehabt, mehr hab' i net seh'n können, weil die Tür nit so lang offen war und weil der Loschek vor ihm g'standen is. Wie der Doktor a Weil drin war, is der Kronprinz zu sich kommen, hat d' Augen aufgemacht, hat alle ang'schaut und hat gelächelt, aber sprechen hat er net können."

Der Prinz' Coburg und der Graf Hoyos befehlen den Bediensteten das strengste Stillschweigen an. Dann kommt die Baronin und bittet den Prinzen, sie in das Zimmer zu lassen: „Nur die Rosen lassen's mi „meingeben." „Und dann haben wir sie schrei'n und weinen g'hört," erzählt Karl weiter, „dann is still g'worden. Wir haben an der Tür gehorcht, aber es war ganz still. Da auf amal hat's an Knaller g'macht — a Schuß. Wir sind aufgesprungen, konnten aber nit 'nein. Dann haben wir den Prinzen g'rufen und die Tür aufbrochen. Da sind halt alle nein, und ich halt a. Der Kronprinz is im Bett g'legen. Den Kopf hat er einbunden g'habt, in der linken Hand die Rosen. Die Baronin war auszogen; nur im Hemd und Unterrock. Die is auf ihm g'legen, und die linke Hand hat sie um seinen Hals g'habt, und ihr Gesicht is ganz bei seinem Gesicht g'wesen, als wenn's ihn hätt' küssen woll'n. Und von ihrem Blut war er ganz begossen. Wir sind dag'standen wie dumm; aber der Prinz hat g'sagt: „Herunter mit ihr!" Na, da hab'n wir sie auf die Erde g'legt, aber sie war schon maustot. Und dann hab'n wir 'naus müssen, und der Prinz hat g'fragt: „Ihr werdet schweigen! Wer was sagt, wird lebenslänglich eing'sperrt . . ." Wir haben aus den anderen Zimmern an Diwan g'holt, hab'n den Kronprinzen drauf g'legt, hab'n sein Bett frisch aufgemacht, ihm das Gesicht abgewaschen — das war voll Blut —, ihm ein andres Hemd geben, und da hab' i g'sehen, daß er ganz in a Leintuch eing'wickelt is. Dann hab'n wir ihn wieder ins Bett g'legt, zugedeckt und halt a so herg'richt wie an Toten. Die schmutzige Wäsche hab'n wir müssen hinter die spanische Wand legen; darauf hab'n wir die Baronin g'legt und alle ihre Sachen dazu. . . . Donnerstag früh am 31. Jänner hat mat den Förster Bauer bei der obern Bläß an der roten Buchen erschossen gefunden. Die einen sagen: „Er hat sich selbst erschossen", die andern: „A Wildschütz hat's tan", und wo andere sagen: „Man hat ihn erschießen lassen."

Karl war dann noch behilflich, als die Leiche der Baronin in eine Kiste geladen und mit der blutigen Wäsche zusammen fortgebracht wurde.

Die englische Flottenpolitik.

Das englische Unterhaus hat vor kurzem mit 311 gegen 62 Stimmen den Flottenetat genehmigt und damit der Flottenpolitik der Regierung das parlamentarische Siegel aufgedrückt. Diese Politik ist nach reiflicher Ueberlegung, an der die in London versammelten Ersten Minister der Dominions teilnahmen, und mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung dahin festgelegt worden, daß die britische Flotte der einer jeden anderen Macht mindestens gleichwertig sein müsse. Dieser Grundsatz gestattete nicht, von dem Bau der vier neuen Schlachtschiffe abzugehen, die grundsätzlich schon im Frühjahr bewilligt worden waren. Denn der Vertreter der Regierung konnte darauf hinweisen, daß die Erfahrungen des Krieges alle vorher gebauten Kampfschiffe so gut wie wertlos gemacht haben, daß aber von nachher gebauten Schiffen England bisher nur ein einziges, den Hood, besitze, während von den beiden anderen Seemächten der Welt Japan bereits eins fertig gestellt, sieben auf Kiel gelegt und acht weitere in Aussicht genommen habe. Amerika aber 1925, wenn die vier englischen Schiffe fertiggestellt sein sollen, zwölf Nachkriegsschiffe besitzen werde. Rein zahlenmäßig würde England demnach selbst mit den Neubauten seinen beiden Nebenbuhlern erheblich unterlegen sein. Man muß aber dabei wissen, daß erstens bis zur Fertigstellung der Neubauten England die Ueberlegenheit zur See tatsächlich noch besitzt und daß zweitens auch das Wort von der Entwertung aller Vorkriegsschiffe nicht ganz streng aufgefaßt werden darf. Tatsächlich steht es so, daß England am Bauen bleiben muß, um die Schulung seiner Werften und seiner Marine nicht zurückgehen zu lassen, und daß es hoffen kann, in dem Stichjahr 1925 mit seinem riesigen übrigen Schiffsmaterial, seiner großen Erfahrung, seinen Flottenstationen und allem sonstigen Zubehör seiner Weltmacht selbst mit nur fünf Nachkriegsschiffen der amerikanischen Flotte mit ihren zwölf und der japanischen, mit ihren acht Nachkriegsschiffen gewachsen zu sein. Außerdem treibt man Flottenpolitik nicht in einem luftleeren Raum, sondern mit Rücksicht auf die vorhandenen politischen Verhältnisse, und England kann darauf rechnen, in einem Kriege mit Japan nicht ohne die Hülfe Amerikas fechten zu müssen. Immerhin ist offenkundig, daß die englische Admiralität, wenn sie die Leistungsfähigkeit der Flotte nicht erheblich vermindern wollte, an dem Bau der vier neuen Schiffe festhalten müßte.

Trotzdem hat dieses Verhalten der Regierung im Inland und Ausland viel Mißvergnügen hervorgerufen. In Amerika erklärte man sogleich mit Bestimmtheit, daß nun auch von einer Einstellung oder auch nur Verkleinerung der dortigen Bautätigkeit keine Rede sein könne, und von Japan kam bald dieselbe Meldung. Es ist auch wirklich ein schlechter Auftakt zur kommenden großen Abrüstungskonferenz in Washington, wenn die größte Seemacht erklärt, in ihrem Bauprogramm keine Einschränkungen vornehmen zu können, und die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz sind seitdem noch viel schlechter geworden, als sie vorher schon waren. Anderseits ist das Mißtrauen, mit dem man in Washington die englische Politik verfolgt, nur noch größer geworden. Das alles hat nun wieder in England zu heftigen Angriffen gegen die Regierung geführt. Man sagt ihr, daß sie einen psychologischen Fehler begehe, indem sie die weltgeschichtliche Gelegenheit der Washingtoner Konferenz nicht bei der Strumpfbocke ergreife. Die Begeisterung des amerikanischen Volkes für eine ehrliche Abrüstung dürfe man nicht erkalten lassen, vielmehr durch ein gutes Beispiel fördern und nähren, selbst wenn damit rein zahlenmäßig für einen kurzen Zeitraum ein gewisses Wagnis verbunden wäre. Die alten Formeln über die Stärke der gegenseitigen Flotten hätten sich längst überlebt. Eine gute Politik sei wichtiger als gute Kriegsschiffe, denn jeder Staat, auch der mächtigste, sei heute auf den guten Willen der anderen Staaten angewiesen. Eine absolute militärische Unabhängigkeit gebe es nicht mehr. Im vorliegenden Falle gar weigere sich das englische Volk, den Gedanken eines Krieges mit Amerika auch nur im geringsten in Betracht zu ziehen; in jedem anderen Kriegsfalle aber könne man auch ohne die vier Neubauten aus. Schließlich wies man noch darauf hin, daß zwar die Ersten Minister der Dominions jenen Grundsatz der britischen Flottenpolitik anerkannt hätten, wonach die Flotte jeder anderen mindestens gleichwertig sein müsse, aber die praktische Anwendung dieses Satzes für ihre eigenen Länder ausdrücklich bis nach der Washingtoner Konferenz zurückgestellt hätten. Warum könne England nicht ein Gleiches tun?

Diese Aeußerungen spiegeln das Unbehagen wieder, das man im Hinblick auf das Verhältnis zu Amerika und auf den eigenen Staatssäckel über die Fortsetzung des Wettrüstens zur See empfindet. Aber die Gründe der Regierung sind zu durchschlagend, als daß sie nicht die Mehrheit der öffentlichen Meinung wie die des Unterhauses überzeugt hätten. „Ist die Station wirklich bereit", fragt der Daily Telegraph", „die britische Flotte Jahr für Jahr schwächer werden zu sehen, während niemand weiß, was die Zukunft in ihrem Schoße birgt? Unsere Diplomatie braucht die Flotte, sollen wir sie leichtfertig von ihrer heutigen Höhe herabsinken sehen? Seit den Tagen der Königin Elisabeth war eine mächtige Flotte der Kernpunkt unserer Politik, und lange vor dem Wettlauf mit Deutschland stellten wir den Grundsatz auf, daß sie der Flotte der beiden nächststarken Mächte ebenbürtig sein müsse; sollen wir heute nicht einmal mehr danach streben, so stark zu sein wie eine einzelne fremde Seemacht? Wir können mit gutem Gewissen nach Washington gehen, denn tatsächlich haben wir mit der Einschränkung des Flottenbaues den Anfang gemacht. Die Regierung unterstützt solche Darlegungen durch Herausgabe einer Aufstellung, welche das Wachstum der Flottenausgaben der drei Seemächten zeigt. Sie stiegen von dem Finanzjahr 1913 bis 14 bis zu dem jetzigen Finanzjahr in Japan von 16 700 000 Pfund auf 45 820 520 Pfund, in Amerika von 29 180 900 Pfund auf 134 468 717 Pfund, in England aber nur von 48 809 300 Pfund auf 90 572 300 Pfund. Sie haben sich also in England nicht einmal verdoppelt, in Japan und Amerika aber mehr als verdreifacht. Es bleibt nun abzuwarten, ob Washington das Wunder vollbringen wird, dieses Wettrüsten zum Stillstand zu bringen. Es gibt in England niemanden, der es nicht von Herzen wünschte, aber nur wenige, die daran glauben.

Gegen das bewaffnete Handelsschiff.

Im Haag tagt die internationale Völkerrechts-Konferenz. Wie schon oft vor dem Kriege stehen die schwierigen Fragen des Seekriegsrechtes, die ihren letzten Niederschlag in der Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909 gefunden hatten, auf der Tagesordnung. Nun ist von den im Haag versammelten Völkerrechtslehrern, unter denen sich die ersten Autoritäten aller Staaten befinden, die heikelste Frage angeschnitten worden, die im Kriege für die Führung des Kampfes zur See mit Unterseebooten von ausschlaggebender Bedeutung war: die Frage nach der Zulässigkeit der Bewaffnung von Handelsschiffen. England war es bekanntlich, das mit der Bewaffnung der Kauffahrteischiffe den Anfang gemacht hat. Noch mitten im Frieden, am 26. März 1913, erklärte der damalige britische Seelord Winston Churchill in einer Sitzung des Unterhauses, daß die englische Admiralität die Reedereien aufgefordert habe, zum Schutze gegen Angriffe bewaffneter Hilfskreuzer anderer Mächte eine Reihe großer englischer Handelsdampfer zu bewaffnen. Bereits im Mai waren die größeren Dampfer der Royal Mail Packet Company unter Mithilfe der englischen Regierung mit Geschützen ausgerüstet, und im März 1914, ein Jahr nach der Erklärung Churchills, besaß England 40 mit 4,7-Zentimeter-Geschützen bewaffnete Handelsschiffe, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges auf 70 vermehrt wurden. Während des Krieges hat England bekanntlich die Methode der Bewaffnung der Handelsschiffe bis zur Virtuosität ausgebildet und es ist noch in frischester Erinnerung, wie viele deutsche Unterseeboote diesem gehässlichsten und heimtückischsten Gegner zum Opfer gefallen sind.

Deutschland hat sich während des Weltkrieges stets auf den Standpunkt gestellt, daß die Bewaffnung von Kauffahrteischiffen im Seekriege völkerrechtswidrig sei. In ihren an den amerikanischen Botschafter am 28. Februar 1915 und an die neutralen Mächte am 8. Februar 1916 gerichteten Noten hat die deutsche Regierung erklärt, daß ein Kauffahrteischiff durch die Armierung mit Geschützen kriegsmäßigen Charakter erhalte und zwar ohne Unterschied, ob die Geschütze nur der Verteidigung oder auch dem Angriff dienten. Sie halte jede kriegerische Betätigung eines feindlichen Kauffahrteischiffes für völkerrechtswidrig. Dementsprechend wurden auch die bewaffneten Handelsschiffe von den Unterseebooten als Kriegsschiffe behandelt und warnungslos torpediert. Das Geschrei, das damals in England über die Verletzung der Völkerrechtssätze durch Deutschland erhoben wurde, war so groß, daß schließlich auch Amerika sein Ohr nicht mehr verschließen zu können glaubte und zum Schutze des durch die deutschen Barbaren mit Füßen getretenen Völkerrechtes sich auf die Seite Englands stellte.

Umsomehr Bedeutung kommt der Tatsache zu, daß sich nun auf der im Haag tagenden internationalen Völkerrechtskonferenz ein Engländer von Ruf, der Gouverneur Sir Graham Bower, bei den Beratungen über die künftigen Normen des Seekriegsrechts für das Verbot der Bewaffnung von Handelsschiffen im Kriege mit allem Nachdruck eingesetzt hat. Und es ist doppelt interessant, daß der englische Gelehrte diese seine Forderung damit begründet hat, daß im Falle der Bewaffnung es den Unterseebooten nicht zugemutet werden könne, zur Warnung und Untersuchung eines feindlichen Handelsschiffes, die an sich durch die geltenden Sätze des Völkerrechts vorgeschrieben ist, aufzutauchen. Sir Graham Bower hat sich damit genau auf denselben Standpunkt gestellt, den die deutsche Regierung während des Krieges immer vertreten hat und den man damals in England als völlig unhaltbar bezeichnete. Das Widerstandsrecht von Handelsschiffen hat von jeher eine der größten Streitfragen in der völkerrechtlichen Literatur gebildet. Auch auf der internationalen Völkerrechtskonferenz werden sich gewichtige Stimmen ohne Frage erheben, die die Gegenmeinung verfechten. Aber nachdem bereits die französische Admiralität im Herbst vorigen Jahres sich dahin geäußert hat, daß der deutsche Unterseebootskrieg nicht völkerrechtswidrig war und nun auch Engländer indirekt dies bestätigen, weil die Unterseeboote gegen die bewaffneten Handelsschiffe sich doch in irgend einer Form verteidigen mußten, wird man sich in der Mehrheit doch eher für das Verbot entscheiden. Kommt es dazu nicht, und die englische Regierung wird ihr Veto bestimmt einlegen, so wird die Welt in einem kommenden Seekrieg jedenfalls das Schauspiel erleben, daß gerade die Mächte, die die deutsche Seekriegführung am schärfsten bekämpften, genau dieselben Methoden anwenden müssen, wenn sie nicht von vornherein auf jeden Erfolg verzichten wollen.

Aus aller Welt.

— **Der Berliner Massenmörder Großmann** hat gestern nachmittag ein weiteres Geständnis abgelegt, daß er Anfang August einen weiteren Frauenmord verübt hat. Bei der Zerstückelung der Leiche habe ihm eine Nachbarin geholfen, die jetzt gleichfalls verhaftet worden ist.

— **Fliegerabsturz.** In der Rhön ist der Bamberger Regierungsbaumeister und Vorsteher der Bamberger Meisterschule, Harth, einer der Pioniere des motorlosen Fluges, nach einem Rekordfluge von 22 Minuten abgestürzt und sehr schwer verletzt worden. Er wurde nach Fulda ins Krankenhaus eingeliefert.

— **Die Ueberschwemmungskatastrophe in Texas.** Die Nachrichten, die heute über die Ueberschwemmung in Texas (Amerika) vorliegen, lassen erkennen, daß die Katastrophe einen noch bedeutenderen Umfang angenommen hat, als man zunächst befürchtete. Die Gesamtzahl der infolge der Ueberschwemmung ums Leben Gekommenen wird auf 12 000 geschätzt. Ganze Dörfer und Städte sind vernichtet. Zahllose Scharen aus dem Ueberschwemmungsgebiet sind auf der Flucht. In den benachbarten Städten, die von der Katastrophe verschont geblieben sind, werden große Flüchtlingslager errichtet. Die Flüchtlinge, die ihr ganzes Hab und Gut im Stich lassen mußten, sind in bitterer Not. Ergreifend sind die Szenen, die sich unter den Flüchtlingen abspielen, wenn Eltern und Kinder, Verwandte und Freunde sich nach banger Trennung wiedersehen. Eine umfassende Hilfsaktion ist eingeleitet.

Für Stotternde!

Um allen Anfragen zu genügen, wobei ich um Auskunft über mein neuestes Verfahren zur Beseitigung des Stotterns gebeten werde, so werde ich am Mittwoch, den 21. September, von 1—7 Uhr, in Hamm, im Hotel „Zum Bahnhof" und Donnerstag, den 22. September, von 12—7 Uhr, und Freitag, den 23. September, von 12—7 Uhr, in Dortmund, im Hotel „Stadt Dortmund", Sprechstunden abhalten, um allen Interessenten, welche sich vertrauensvoll an mich wenden wollen, mündlich Auskunft zu geben über mein neues, bedeutend verbessertes, gesetzlich geschütztes Verfahren (D. R.-P. 251597). Stotterer können sich mit Hilfe meines sehr einfachen Verfahrens meist sehr bald von ihrem Stotterübel befreien, Garantie wird gewährleistet (bei Kindern kann das Uebel mit Hilfe der Eltern beseitigt werden). Viele haben sich in kurzer Zeit mit Hilfe meines Verfahrens vom Stotterübel befreit. Fast täglich laufen Dankschreiben ein. Ein großer Teil dieser Original-Briefe liegt in der Sprechstunde zur gefälligen Einsicht bereit. Manche Stotterer davon hatten schon vorher anderweitig mehrere Kurse und andere Mittel angewandt, ohne den gewünschten Erfolg erzielt zu haben.

Mein Verfahren ist wohl der billigste und einfachste Weg zur gründlichen Beseitigung des Stotterübels (ohne Berufsstörung). Versäume es kein Interessent, meine Sprechstunde zu besuchen. Die Auskunft ist kostenlos. Bitte nicht verwechseln mit Warnecke, Hannover. 4008

Sprach-Institut Hagenburg (Sch.-Lippe). **H. Steinmeier.**

Handwerker und Gewerbetreibende.

Dienstag abend 8½ Uhr bei Rieder, am Markt:

Versammlung.

Berichterstattung über die bisherigen Maßnahmen in der Gewerbesteuer-Angelegenheit.

Allseitiges Erscheinen erforderlich. 4005

1 Ladenlokal ca. 50 qm groß nebst ein daran anschließ. Lager ca. 30 qm groß für sof. oder später zu mieten gesucht. Angebote sind zu richten an die Geschäftsst. d. Zeitung unter Nr. 4007.

Warum ist?

„Terrahe's Heilseife" als Kinder-Seife allgemein bekannt und beliebt? Weil dieselbe vorzüglich desinfiziert, das Wundwerden verhindert u. einen üppigen Haarwuchs hervorruft. Stck. Mk. 6.50 Zu haben in den Apotheken u. Drogerien

Verkaufsstelle:

Drog. Klinkmann.

„Ich litt seit 8 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem Jucken. Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Uebel völlig beseitigt H. S., Polit. Berg." Dazu Zuckoob-Creme (nichtfettend u. heilhaltig) Zu haben Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Ordentlicher **Junge** für landwirtschaftliche Arbeiten sof. ges. 4003

Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Ordentliches h3947 **Dienstmädchen** zum 1. Oktober gesucht.

Frau L. Mertin, Kamen, Markt.

Zuverlässiges **Hausmädchen** zum 1. Oktober gesucht.

Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Wohnungstausch

Eine 2-Zimmerwohnung mit Dachkammer, Stall u. Gartenland gegen eine in Kamen oder Umgegend zu tauschen gesucht. 4010

Alfred Dietermann, Südkamen, Dortmunderstraße 24a.

Barmer Bank-Verein

Hinsberg, Fischer & Comp., Unna, Bahnhofstr. 45.

Kapital und Reserven **Mk. 260000000**

Annahme v. Spargeldern zur Verzinsung (4% bei 6 monat. Kündigung).

Gewährung v. Personal- u. Realkrediten

An- u. Verkauf von Wertpapieren, Wechseln auf Ausland u. fremden Geldsorten

Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten. 1946

Vermietung von Stahlschrankfächern.

Kleiner **Laden** an Geschäftsstraße sof. zu mieten gesucht.

Offerten unter B. 4004 an der Geschst.

Ein kleines 3953 **Haus** in der Stadt oder Umgebung zu kaufen gesucht.

Angebote unt. Nr. 3953 an die Geschäftsst. d. Bl.

Drainröhren in allen Weiten liefert waggonweise 3344

Heinrich Dalhoff, Hiltrup i. W., Tel. 22.

Eine hochelegante, weißlackierte 4009 **Schlafzimmer-Einrichtung** preiswert zu verkaufen.

Heinrich Kraps, Bergkamen, Dorfstr. 4.

Siegellack in guter Qualität :: empfiehlt ::

Buchdruckerei der Kamener Zeitung.